

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck- und Verlagsanstalt: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Nur für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1928 bei täglich zweimaliger Auflage drei Haus 1.50 Mk. Postbezugpreis für Monat Januar März ohne Postumschlaggebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die empfangene u. mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts u. Pfg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 10 mm breite Reklamzeile 25 Pfg., außerhalb 30 Pfg., Offertenangebote 10 Pfg., Ausm., Aufruf der Leser Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariusstraße 38 42
Druck u. Verlag von Viehich & Reichardt in Dresden
Postfach-Nummer 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schwindel bei Reparationslieferungen.

Aufdeckung umfangreicher Betrügereien von deutschen und französischen Sachlieferungspartnern.

Vorgehen der Pariser Staatsanwaltschaft.

Paris, 11. Jan. Die Pariser Staatsanwaltschaft hat auf Antrag des Finanzministeriums den Untersuchungsrichter beauftragt, eine Reihe von Angelegenheiten zu untersuchen, bei denen es sich um betrügerische Manöver bei der Ausführung von Sachlieferungen auf Reparationskonto handelt. Durch falsche Angaben des wahren Wertes der auf Reparationskonto bezogenen Waren hätten sich die beiden kontrahierenden Parteien, Deutsche wie Franzosen, beträchtliche Vorteile zu sichern gewußt. Bei diesen betrügerischen Manipulationen sei auch der nicht gestattete Transfer von Warschau von Deutschland nach Frankreich die Rolle gewesen. Die französische Regierung habe, sobald sie Kenntnis von diesen betrügerischen Manövern erhalten habe, durch die in France kommenden Verwaltungsstellen eine Untersuchung veranlaßt und beschlossen, eine gerichtliche Untersuchung in allen den Fällen einzuleiten, in denen strafbare Handlungen festgestellt worden seien.

„Echo de Paris“ erklärt man in gut unterrichteten Kreisen, daß es sich um Betrügereien handelt, die ein Mehrfaches von 10 Millionen Franken betragen. Die Regierung sei entschlossen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen da andernfalls die Pönalität der französischen Kontrahenten bei Abmachungen über die Lieferung auf Reparationskonto discreditiert werden könnte. Nach dem „Petit Journal“ hat die Polizei bereits Feststellungen nicht nur in Paris, sondern auch in Straßburg, Schlestadt und Besançon unternommen. Etwa zwölf

Personen seien in die Angelegenheit verwickelt und wahrscheinlich seien die französischen Käufer mit den deutschen Lieferanten einig gewesen hinsichtlich der Fälschung von Papieren, die es ermöglicht hätten, den Betrag durchzuführen, der in der Hauptsache darin bestehe, sich Zollfreiheit für die Einfuhr der auf Reparationskonto gelieferten Waren zu verschaffen.

Willkommener Anlaß zur Sehe.

„Matin“ gegen die Reichsregierung.
Paris, 11. Jan. Die Gerüchte über die Aufdeckung bedeutender Reparationswindel seien dem „Matin“ neuen Anlaß zu einer Sehe gegen die Reichsregierung, die verdächtigt wird, von diesen Schwindelgeheimnissen zu haben. Das Blatt behauptet weiter, die französische Regierung befürchte, daß die Reichsregierung die Schwindelgeheimnisse als Vorwand für eine Revision des Dawes-Planes benutzen könnte unter Hinweis darauf, daß Frankreich gar nicht in der Lage sei, die im Dawes-Plan vorgesehenen Lieferungen auch tatsächlich zu verwenden.

Bestätigung an zuständiger Stelle.

(Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 11. Januar. Von zuständiger Stelle wird uns bestätigt, daß im Aufnahmewirten französischer und deutscher Firmen bei Sachlieferungen auf Reparationskonto Betrügereien verübt worden sind. Es sind für normale Lieferungen überhöhte Preise angesetzt worden. Wer der Geschädigte bei diesem Betrugsmanöver ist, muß noch geprüft werden. Deutschland dürfte zunächst nicht als Geschädigter gelten, aber wir haben selbstverständlich ein Interesse daran, daß der Transfer sich glatt abwickelt und keine Störungen erfährt.

Seule Einigungsversuch in der Schulfrage.

Der Stand der interfranzösischen Verhandlungen.

Berlin, 11. Januar. Die gestrigen Verhandlungen des Kleinen interfranzösischen Ausschusses des Reichstages umfassen alle Paragraphen des Schulgesetzes. Ursprünglich hatte man daran gedacht, die wesentlichen Streitfragen, also die Frage der Staatsaufsicht und die anderen im § 14 berührten Fragen, die Frage der Einschulung in den Religionsunterricht (§ 16) und die Frage der Simultanischulen zuerst einmal zu rücken und erst bei der zweiten Lesung des Schulgesetzentwurfes die entscheidenden Beschlüsse zu fassen. Es dürfte dabei bleiben, daß erst dann die endgültigen Formulierungen zuhandeln kommen, doch haben die Regierungsparteien sich entschlossen, ihre Stellungnahme zu den Einzelfragen nunmehr so genau und scharf umrissen auszuarbeiten, daß in der heutigen Sitzung der Versuch einer direkten Einigung unternommen werden kann. Die bisherige Aussprache hat greifbare Ergebnisse noch nicht erzielt, doch zeigten sich Annäherungen besonders zwischen den Standpunkten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in der Frage der Einschulung in den Religionsunterricht und der den katholischen Bischöfen zu gewährenden Rechte. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei traten heute vormittag zusammen, um sich über die Formulierung ihrer Forderungen schlüssig zu werden.

Köhler spricht zum Kriegsschädengesetz.

Berlin, 11. Januar. Die Ausschussberatungen über das Liquidationsschädengesetz werden heute wieder aufgenommen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler wird die Aussprache mit einer längeren Rede eröffnen. Der Ausschuss steht vor einer sehr schwierigen doppelten Aufgabe: Einmal gilt es, die Rechte des Privat Eigentums aufrechtzuerhalten. Der Vertrag von Versailles belastet bekanntlich Deutschland mit der Verantwortung dafür. Auf der anderen Seite müssen die Rechte der Liquidationsgeschädigten wenigstens ideell voll gewahrt sein. Das ist praktisch kaum voll berücksichtigbar werden können, ergibt sich daraus, daß ja die „Masse“, aus der ihre Ansprüche hätten befriedigt werden können, nämlich der deutsche Auslandsbesitz, verlorengegangen ist.

Nach der Begründung des Kriegsschädengesetzschlusses, die lobend dem Reichstage angenommen ist, sind rund 391000 Schädensfälle zu entschädigen, darunter 61000 Wertpapierbeschädigungen. Von den restlichen 330000 Fällen kommen 65900 auf das Ausland, 17500 auf die ehemaligen Schutzgebiete, 196800 auf die abgetretenen Ost- und Nordgebiete, 34800 auf die oberirdischen Aufstättenschäden und 45000 auf die abgetretenen Westgebiete. Der Friedenswert sämtlicher Schäden für die Liquidationsabteilung wird auf 7,8 Milliarden, der der Gewaltschäden auf rund 2,8 Milliarden, insgesamt also auf 10,4 Milliarden geschätzt. Auf diese Schäden sind bis zum 1. Dezember 1927 insgesamt 1,014 Milliarden Mark bewilligt worden, und zwar entfallen davon auf Liquidationsschäden rund 429, auf Gewaltschäden rund 585 Millionen, weitere 59 Millionen wird das Reichentschädigungsamt noch auszuschießen, so daß sich die Gesamtentschädigung auf rund 10 Prozent des Friedensbetrages der Schäden belaufen wird. Die Gesamtbelastung des Reiches mit Einbeziehung der Zinsbeträge wird sich auf rund 15 Millionen belaufen.

Etat-Kritik im Haushaltsauschuß.

Berlin, 11. Jan. Im Haushaltsauschuß des Reichstages kritisierte beim Etat der Reichsschuldenverwaltung Abg. Dr. Gifferting (Soz.), daß eine Regierung, die nicht mehr im Amt war, sondern lediglich die Geschäfte zu führen hatte, eine Anleihe von 500 Millionen Mark aufgelegt hatte, sowie daß die Deutsche Reichsanleihe ohne Abnahme mit dem Reichstag von 5 auf 6 Prozent hinaufkonvertiert worden ist. Abg. Dietrich (Dem.) hielt den gestrigen Kurs der konvertierten Reichsanleihe von 87,5 für miserabel. Durch diese schlechte Notiz werde eine fünfköpfige Kreditaktion sehr erschwert. Abg. v. Gu rard (N.) vertrat den Standpunkt, daß eine geschäftsführende Regierung keine Anleihe aufnehmen solle und daß eine Staatskonvertierung nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen dürfe.

Staatssekretär a. D. v. Tirpitz hielt es vom juristischen Standpunkt aus für einwandfrei, daß auch eine geschäftsführende Regierung eine Anleihe aufnehmen. Für diese Maßnahme sei im übrigen die gegenwärtige Regierung nicht verantwortlich. Rein grundsätzlich gesprochen müsse auch eine geschäftsführende Regierung in einem Augenblick, wo unter allen Umständen eine Anleihe aufgenommen werden müsse, die Freiheit haben, diesen Weg zu gehen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, unter Umständen den Staatsapparat lahmzulegen. Was die Höherkonvertierung anbelangt, so werde die Anleihe eine Flektion des Zinsfußes genehmigt. Dieser werde vom Reichsfinanzminister nach Maßgabe der Kapitallage bestimmt.

Seinerzeit war der Reichstag nicht versammelt. Sollte sich die Reichsregierung nicht alsbald zu der Höherkonvertierung entschließen, so würde bei der Lage des Anleihe-

Wettlauf der Uebersee-Luftschiffgesellschaften.

Kommt Deutschland oder England zuerst?

Der Stand des englischen Luftschiffbaus.

London, 11. Jan. Der Direktor der Airship Guarantee Company, Burnen, der sich nach Rumort begibt, um dort über die Bildung einer Gesellschaft zur Einrichtung eines händlichen Luftschiffdienstes zwischen Rumort und London zu verhandeln, hat den englischen Zeitungen Einzelheiten über dieses Projekt gemeldet. Er erklärte, daß sich während der nächsten Zeit wahrscheinlich ein

Harter Wettbewerb zwischen England und Deutschland

in dieser Beziehung bemerkbar machen werde. In Friedrichshafen arbeite man mit Ueberstunden, um das dort im Bau befindliche Luftschiff fertigzustellen und zuerst den regelmäßigen Personenluftverkehr über den Ozean aufzunehmen. Das deutsche Luftschiff sei zwar kleiner als das seiner Fertigstellung entgegengehende englische Luftschiff „R 100“, aber es dürfe an Leistungskraft dem englischen Luftschiff nicht nachgeben. Das englische Luftschiff „R 100“ soll innerhalb der nächsten Monate fertiggestellt werden. Die Verkaufsstücke würden im Juli oder August stattfinden, denen dann

Demonstrationsflüge zwischen England und Amerika

und England und Kanada folgen werden. Falls diese erfolgreich wären, würde ein regelmäßiger Luftverkehr eingerichtet werden, der nach den Wetterbedingungen über die Gieroute, die Azoren und Bermuda oder über die Nordroute via Neufundland führen würde. Die Fahrpreise würden für eine vierbettige Kabine 80 Pfund pro Person, für eine zweibettige Kabine 100 Pfund und für eine Einzelkabine 120 Pfund betragen. Wenn sich die Flüge des „R 100“ als erfolgreich erweisen, sei beabsichtigt, weitere größere Luftschiffe zu bauen, die Unterbringungsbedingungen für 100 Passagiere bieten würden. Die

Flugzeit von London nach Amerika

würde 58 Stunden dauern, während die Rückreise in 38 Stunden zurückgelegt werden könnte. Ein Minimum von fünf Luftschiffen würde benötigt werden, um den regelmäßigen Luftschiffverkehr durchzuführen. Die Zeppeleinwerke beabsichtigen, im Oktober den ersten Transatlantikflug mit dem noch im Bau befindlichen Luftschiff auszuführen, aber Burnen hofft, daß das englische Luftschiff „R 100“ ihm zuvorkommen werde.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Eine von Warschau inspirierte Mitteilung.

Warschau, 11. Jan. Nach der gesamten polnischen Presse veröffentlicht folgende inspirierte Nachricht: Am 12. d. M. lehrte die deutsche Abordnung für die Handelsvertragsverhandlungen nach Warschau zurück. Wie schon vor den Delegierten zwischen den beiden Delegierten, Minister Dornes und Minister v. Zwardowski, bekannt wurde, leitete man auf beiden Seiten das Hauptgewicht auf den Abschluß eines sogenannten Kleinen Handelsvertrages. Sofern ein solcher

„Times“ zur Reichsreform.

London, 11. Januar. Die „Times“ beschäftigt sich heute in einem ausführlichen Leitartikel mit der Gründung des Bundes zur Erneuerung des Reiches. Das Blatt gibt zunächst eine eingehende Darstellung über die Vorgeschichte der Gründung des Bundes, die Einstellung der Parteien zu dem Problem der Vereinheitlichung des Reiches, sowie die Haltung der deutschen Wirtschaft zu diesem Problem, und kommt zu dem Ergebnis, daß die Einheitsbewegung heute in Deutschland in allen Kreisen einen starken Anhang besitze. Die Gründung des Bundes im gegenwärtigen Augenblick sei, so meint die „Times“, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen erfolglos. Die Aussichten für die Vereinheitlichung des Reiches würden sich zuverläßig erst nach der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder beurteilen lassen. Es bleibe abzuwarten, ob der deutsche Patriotismus genügend groß und einseitig genug sei, um eine nationale Union zustande zu bringen, die dem „Bunde zur Erneuerung des Reiches“ vorzöge. Voraussetzungen oder Kombinationen seien in diesem Stadium müßig. In erster Linie aber kommt es der „Times“, die bei anderen Gelegenheiten aus finanziellen Gründen sehr nachdrücklich die finanzielle Mehrbelastung durch die gegenwärtig staatliche und verwaltungstechnische Zersplitterung in Deutschland unterstreicht, darauf an, ob die nächsten Wahlen nicht nur einen Sieg dieser parteilosen nationalen Union, sondern auch einen Sieg der Mittelparteien bringen werden. Was immer sich auch ereignen werde, so meint das Blatt zum Schluß, so werde die nächste Regierung wieder um das Zentrum herum gebildet werden und Dr. Stresemann das Außenministerium erhalten. Die weitere Anwesenheit Dr. Stresemanns in der Wilhelmstraße müßte von allen Freunden des europäischen Ausgleichs auf das ernste gewünscht werden.

Demokraten-Anträge zur Reichsreform.

Berlin, 11. Jan. Ein beim Reichstag eingereicherter Antrag der Demokraten wünscht, unverzüglich auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, die zahlreichen in Deutschland vorhandenen Einschulungsgebiete (Entsaunen) baldmöglichst zu beseitigen zu lassen. Außerdem sind noch weitere demokratische Anträge zur Reichsreform eingegangen.